

# Pommerns staatsrechtliches Verhältnis zu den Nachbarmächten im Mittelalter

von Jürgen Petersohn

Wer sich vornimmt, „Pommerns staatsrechtliches Verhältnis zu den Nachbarmächten im Mittelalter“ zu behandeln, scheint ein eindeutig formuliertes Thema aufzugreifen. Trotzdem besteht Anlaß, auf einige sachliche Grundfragen und methodische Probleme hinzuweisen, die sich mit diesem Komplex verbinden. Erläuterungen und Vorüberlegungen werden insbesondere unter folgenden Gesichtspunkten notwendig:<sup>1</sup>

1. Gegenstand der Darlegungen ist Pommern. Dieser Begriff aber ist in Geschichte und Gegenwart mehrdeutig. Gemeint ist in unserem Zusammenhang das einstige Herzogtum der Greifen bzw. „Stettiner“ Herzöge bzw. die spätere preußische Provinz Pommern, d.h. jener politische und – in den Anfängen weitgehend mit diesem identisch – kirchliche Raum, den die polnische Wissenschaft – zur Unterscheidung von dem in Deutschland „Pommerellen“ genannten Pommernherzogtum im Osten des pomoranischen Siedlungsgebietes – als Westpommern (Pomorze Zachodnie) bezeichnet.

Die unterschiedlichen Benennungsweisen haben historische Wurzeln. Sie spiegeln das Phänomen der Wanderung und Differenzierung des ursprünglich an dem Raum zwischen Oder und Weichsel, Ostsee und Netze-Warthe-Niederung haftenden Namens „Pommern“ im Laufe der Geschichte wider. Die Anfänge des deutschen Sprachgebrauchs, die Gesamtheit der von den Greifen beherrschten Lande auch westlich der Oder als Pommern zu bezeichnen, sind schon im 12. Jahrhundert in den Viten Ottos von Bamberg greifbar. Andererseits behält noch der große pommersche Chronist Thomas Kantzow im 16. Jahrhundert, wie die Pommernkarte des vor einigen Jahren in Kopenhagen entdeck-

<sup>1</sup> Der Wortlaut des Allensteiner Vortrags, der später in Marburg und Stuttgart wiederholt wurde, wird im ganzen unverändert abgedruckt, doch haben Ergebnisse der Diskussionen und einer nochmaligen Quellendurchsicht Berücksichtigung gefunden. Um den Anmerkungssapparat nicht übermäßig anwachsen zu lassen, beschränke ich mich im wesentlichen auf Nachweise für staatsrechtlich relevante Aussagen. Für die allgemeine historische Entwicklung und Struktur Pommerns und seines Umfeldes in dem behandelten Zeitraum sei verwiesen auf F. W. Barthold, Geschichte von Rügen und Pommern, Bd. 1–4, 1, Hamburg 1839–1843; Martin Wehrmann, Geschichte von Pommern, 2 Bde., <sup>2</sup>Gotha 1919–1921; Adolf Hofmeister, Der Kampf um die Ostsee vom 9. bis 12. Jahrhundert, <sup>3</sup>hg. v. Roderich Schmidt, Darmstadt 1960; Historia Pomorza, Bd. I Tl. 1 und 2, Bd. II Tl. 1, hg. v. Gerard Labuda, Poznań 1972–1976; Jürgen Petersohn, Der südliche Ostseeraum im kirchlich-politischen Kräftespiel des Reichs, Polens und Dänemarks vom 10. bis 13. Jahrhundert. Mission – Kirchenorganisation – Kultpolitik (Ostmittleuropa in Vergangenheit und Gegenwart, 17), Köln–Wien 1979; Wolfgang Brüske, Untersuchungen zur Geschichte des Lutizenbundes. Deutsch-wendische Beziehungen des 10.–12. Jahrhunderts (Mitteldeutsche Forschungen, 3), Münster–Köln 1955; Johannes Schultze, Die Mark Brandenburg, Bd. 1–3, Berlin 1961–1963; Gotthold Rhode, Kleine Geschichte Polens, Darmstadt 1965; dort jeweils auch weiterführende Literatur für die angesprochenen Einzelfragen. – Folgende Abkürzungen finden Verwendung: Const. (mit lateinischer Bandzahl und arabischer Urkundennummer) = MGH. Legum sectio IV: Constitutiones et acta publica imperatorum et regum, Bd. 1–6, 8–9, Hannover 1893 ff., Weimar 1974 ff. – PUB (Zitierweise wie oben) = Pommersches Urkundenbuch, Bd. 1–9, <sup>12</sup>Stettin 1868 ff., Köln–Graz 1958 ff. – St = Karl Friedrich Stumpf-Brentano, Die Kaiserurkunden des 10., 11. und 12. Jahrhunderts, Innsbruck 1865–1883. – Poth. = Regesta pontificum Romanorum inde ab a. post Christum natum MCXCVIII ad a. MCCCIV, ed. Aug. Pothast, 2 Bde., Berlin 1874–1875.

ten Autographs der Nachlaßfassung seiner „Pomerania“ zeigt, die Bezeichnungen Vor- und Hinterpommern dem Raum zwischen Oder und Leba vor.<sup>2</sup>

„Pommern“ in unserem Verständnis ist also nur ein Teilbereich des eigentlichen pomoranischen Siedlungs- und Stammesgebietes. Die so bezeichnete pomoranische Einzelherrschaft hat sich zudem seit dem 1. Viertel des 12. Jahrhunderts zielstrebig über die Oder hinaus nach Westen in lutizisches Stammesgebiet hinein ausgedehnt, um sich am Ende eines längeren territorialen Entwicklungsprozesses zu präsentieren als ein zu beiden Seiten der Odermündung fast gleichweit nach Westen und Osten hingestreckter Ostseeküstenstaat. Pommern ist also, wie sich damit schon andeutet, „herausgewachsen“ – in dem doppelten Sinne des Wortes (excrescere, provenire) – aus der ethnischen und politischen Substanz des west- bzw. ostseeslavischen Stammesverbandes der Pomoranen. Es bewahrt wesentliche Merkmale aus dem Erbe dieses slavischen Großstammes, beschränkt sich aber keineswegs auf sie und repräsentiert sie auch nicht allein. Pommern ist somit auch in der Anfangssituation der 1. Hälfte des 12. Jahrhunderts, darüber darf weder der Name des Landes noch der lateinische Titel seiner Herzöge und frühen Bischöfe, selbst nicht das bekannte Epitheton seines Missionars Otto von Bamberg – „Apostolus Pomeranorum“ – hinwegtäuschen, kein Stammesherzogtum, sondern ein primär territorial radiziertes Herrschaftsgebilde. Seine demographische Grundlage bilden anfangs Teile des pomoranischen und des lutizischen Stammesverbandes, bald aber, und schließlich vorherrschend, deutsche Bewohner, die als Teilhaber und Organisatoren des von den Pommernherzögen und anderen Kräften initiierten Landesausbaues und Stadtgründungsvorgangs mit dem einheimischen Slaventum zu dem niederdeutschen Neusiedelstamm der Pommern verschmelzen.

Die hier angedeuteten Entwicklungslinien sind im übrigen nicht allein in Pommern zu beobachten. Es gibt Entsprechungen für sie an anderen Stellen des südlichen Ostseeraumes. Keinem der westslavischen Großstämme im Ostseebereich ist es gelungen, wie es den Polen und Böhmen möglich war, einheitliche, geschlossene ethnische Großgebilde – sprich: Nationen – und sie umschließende und tragende souveräne Staaten auszubilden. Vergleichbare Entwicklungsprozesse sind hier im 11. und 12. Jahrhundert ergebnislos abgebrochen. Andererseits aber sind, abgesehen von dem Sonderfall der Lutizen, die ostseeebenen Stammesverbände auch nicht, wie die Slaven an Mittelbe, Saale und Havel, spurlos aus der Geschichtskarte Europas verschwunden. Als Ergebnis jahrhundertelanger Kämpfe um ihre politische Selbstbehauptung gegenüber mächtigeren und staatlich effizienter organisierten Nachbarn haben einzelne ostseeslavische Stämme wenigstens Rückzugsbereiche selbständigen Daseins unter eigenen Herrschaftsträgern bewahren und in das feudalisierte Mittelalter hinüberretten können. Das gilt für Mecklenburg als Territorialrest des einstigen Obodritenstammes ebenso wie für das Fürstentum Rügen, das pommersch-lutizische Herzogtum der Greifen und für das Herzogtum Pommerellen. Die politische Gestalt, in der sich die slavischen Ostseeländer seit der 1. Hälfte des 12. Jahrhunderts – der entscheidenden Phase für ihre Dauerkonsolidation – darstellen, sind also zum einen Restformen einstiger Größe, zum anderen, insbesondere was ihre Herrschaftsorganisation betrifft, Reaktionen auf die faktischen Machtverhältnisse inmitten des Drucks mächtigerer, expansionsbereiter Nachbarn und Anpassungen an die fortgeschrittenen Staatsformen des Südens, Westens und Nordens.

<sup>2</sup> Zur Geschichte der Bezeichnung „Pommern“ Gerhard Renn, Die Bedeutung des Namens „Pommern“ und die Bezeichnungen für das heutige Pommern in der Geschichte, Greifswald 1937. – Kantzows Kartenbild: Jürgen Petersohn, Die dritte hochdeutsche Fassung von Kantzows Pommerscher Chronik. Identifikation eines verkannten Geschichtswerkes, in: Baltische Studien NF 59, 1973, Karte II.

Viele Züge, die wir im folgenden als bestimmend für die Situation Pommerns zu beschreiben und zu erklären versuchen, finden sich daher in verwandter Weise auch bei anderen slavischen Ostseeherrschaften wieder. Die staatsrechtliche Situation Pommerns im hohen und späten Mittelalter wird in mancher Hinsicht nur verständlich, wenn sie aus dem Vergleich mit den strukturell ähnlich gelagerten Verhältnissen Mecklenburgs, Rügens und Pommerellens beurteilt wird. Für alle diese Herrschaftsverbände ist kennzeichnend, daß sie – abgesehen von der bereits erläuterten territorialen Reduktion auf Teil- und Restbereiche einstiger Großstämme – keine volle politische Selbständigkeit zu erringen bzw. zu bewahren vermochten, sondern sich in wechselnden und abgestuften, letztlich aber sehr ähnlichen Rechtsformen anderen, mächtigeren Staaten unterordnen mußten. Die Wahrung ihres politischen Bestandes und einer zwar eingeschränkten, aber auch bis zu einem gewissen Grade garantierten politischen Eigenständigkeit war überhaupt nur möglich, indem sie die Oberhoheit politisch und militärisch erfolgreicherer Nachbarn anerkannten und indem sie – diese Bedingung war unausweichlich – das Christentum annahmen. Damit tritt neben die machtpolitische die für diesen Raum nicht weniger wichtige kirchenpolitische Komponente.

Die Mächte, die im hohen und beginnenden Spätmittelalter das Schicksal des Ostseeslawentums entschieden, sind: 1. das deutsche Reich, 2. Polen, 3. Dänemark. Je nach Zeitabschnitt und geographischer Lage sind diese Potenzen für die Slavenherrschaften an der südlichen Ostseeküste in unterschiedlicher Auswahl und Intensität bestimmend geworden: für die Obodritenherrschaft das deutsche Imperium bzw. das Herzogtum Sachsen einerseits, das Königtum Dänemark andererseits, für Rügen vorrangig Dänemark, für Pommerellen in erster Linie Polen.

Auf Pommern dagegen – und das kennzeichnet die Sonderstellung dieses Raumes, erklärt zugleich aber auch die Kompliziertheit seiner staatsrechtlichen Entwicklung im Mittelalter – haben alle drei Großmächte des Ostseeraumes Einfluß zu nehmen vermocht: sowohl das deutsche Reich und seine territorialen Teileinheiten, insbesondere Sachsen und Brandenburg, als auch Polen und Dänemark.

2. Bei der Behandlung der Stellung Pommerns im Verhältnis zu seinen Nachbarmächten im Mittelalter soll, wie im Titel gefordert, die staatsrechtliche Seite betrachtet werden. Der Begriff „Staatsrecht“ ist in diesem Zusammenhang bis zu einem gewissen Grade ein Anachronismus, seine vorwiegend aufgrund moderner Rechtszustände entwickelte Konzeption den spätslavisch-mittelalterlichen Herrschaftsverhältnissen nicht ganz angemessen; aber es wäre verlorene Zeit, die Diskussion über die Berechtigung des Terminus „Staat“ vor Jean Bodin hier zu erneuern. Pommern – im oben skizzierten Sinn – ist zweifellos seit dem 1. Viertel des 12. Jahrhunderts als konstanter und fest organisierter Herrschaftsverband greifbar, dem die Bezeichnung „Staat“ – in dem für das Mittelalter üblichen Verständnis des Wortes – ohne Bedenken zuzubilligen ist. Als solcher steht Pommern in rechtlich fixierten Relationen zu anderen Herrschaftsverbänden, die wir mit gleichem Grund als Staaten bezeichnen. Diese Beziehungen können von uns – insofern sie das äußere Rechtsverhältnis von Staaten zueinander betreffen – als staatsrechtlich begriffen werden.

Bei der Untersuchung der staatsrechtlichen Stellung Pommerns geht es darum, rechtlich präzise bzw. rechtlich präzisierbare Abhängigkeitsverhältnisse aufzuzeigen, nicht aber um die Behandlung politischer, kirchlicher oder sonstiger Beziehungen allgemeiner oder spezieller Art. Dieser Vorbehalt ist nicht so zu verstehen, daß die staatsrechtliche Situation Pommerns aus dem jeweiligen historischen Zusammenhang herausgelöst und von den zeitgenössischen Gesamtbedingungen isoliert interpretiert werden soll. Aber es geht andererseits nicht an, historische Beziehungen, Einflüsse oder Berührungen der verschied-

densten Form dem jeweiligen Rechtsstatus zu substituieren oder ihnen sogar im Widerspruch zu staatsrechtlichen Quellaussagen den Vorrang zu geben.

3. Das Thema will die staatsrechtliche Stellung Pommerns in seiner politischen Umwelt im Mittelalter behandeln. Im Mittelpunkt der Betrachtungen wird also Pommern und seine Rechtsstellung im Verhältnis zu seinen Nachbarn stehen, nicht die Position dieser Mächte oder ihre Rechte und Ansprüche auf Pommern. Es scheint, daß die in manchen Punkten sehr weitgehenden Dissense der jeweiligen nationalen Forschung, insbesondere Polens und Deutschlands, in der Beurteilung der staatlichen und kirchlichen Zuordnung des hoch- und spätmittelalterlichen Pommern nur dann wirklich ausgeglichen werden können, wenn die Historiker versuchen, den Standort moderner nationaler Positionen zu verlassen und die Betrachtung auf dem Boden des mittelalterlichen pommerschen Herzogstaates selbst zu verankern. Entscheidend für Pommerns politische Haltung in dem betrachteten Zeitraum war nicht die gefühlsmäßige Zugehörigkeit zu diesem oder jenem ethnischen Großverband, war auch nicht die Wahrung der Rechte und Ansprüche des einen oder anderen größeren Herrschaftsträgers, entscheidend für Pommern war das Ob und – möglichst günstige – Wie der Aufrechterhaltung, Verstärkung und Ausweitung seiner eigenen Territorial-, Herrschafts- und Rechtspositionen gegenüber und neben seinen Nachbarmächten. Pommern also, der Hauptgegenstand dieses Vortrags, soll als Subjekt geschichtlicher Entscheidungen im Rahmen der politischen Entwicklung des südlichen Ostseeraumes behandelt werden, auch wenn es auf weite Strecken hin, wie sich zeigen wird, angesichts der gegebenen Macht- und Entwicklungsverhältnisse eher re-agierendes, leidendes, als aktiv den Gang der Geschichte bestimmendes Subjekt war.

4. Der staatsrechtlichen Entwicklungsgeschichte Pommerns im Mittelalter entspricht formal und intentional in vielfacher Weise die Ausbildung der kirchlich-jurisdiktionalen Rechtsstellung des Bistums Wollin-Kammin im Verhältnis zur umgebenden Metropolitanhierarchie. Beide Vorgänge sind eigentlich nur die zwei Seiten ein und derselben Medaille. Aus zeitlichen Gründen ist es nicht möglich, den kirchlichen Bereich hier zusätzlich zu behandeln. Ich darf mich von dieser Aufgabe zudem umso eher dispensiert fühlen, als in anderem Zusammenhang zu diesen Fragen jüngst ausführlich Stellung genommen worden ist.<sup>3</sup>

5. Sowohl für den spätslavischen Siedlungsraum der Pomoranen als auch für das Gebiet des mittelalterlich-frühneuzeitlichen Territorialstaates Pommern läßt sich bereits in ottonischer und salischer Zeit das Gegeneinander von Hoheitsansprüchen benachbarter Großmächte und von beharrlichen Versuchen politischer Selbstbestimmung durch einheimische Herrschaftsträger erkennen. Die Frage nach den staatsrechtlichen Beziehungsverhältnissen Pommerns kann jedoch erst von dem Moment an sinnvoll gestellt werden, in dem ein konstanter und sich kontinuierlich fortentwickelnder pomoranischer Herrschaftsverband greifbar ist, dessen hoheitliche Bindungen auch im historischen Wandel den Rückbezug auf ein einheitliches politisches Objekt erlauben. Diese Voraussetzungen waren angesichts der zunächst noch fließenden und inkonstanten Herrschaftsstrukturen und Machtverhältnisse im pomoranischen und lutizischen Raum im 10. und 11. Jahrhundert erst mit der Konsolidierung der pommerschen Herzogsmacht im Odermündungsgebiet erfüllt. Ungeachtet des Nachwirkens der älteren Rechtssituation ergibt sich damit als chronologische Ausgangsbasis für unsere Thematik das 1. Viertel des 12. Jahrhunderts. Der zeitliche Abschluß dagegen ist durch die endgültige Festlegung des staatsrechtlichen Status des Herzogtums Pommern im 1. Drittel des 16. Jahrhunderts bestimmt.

6. Für die Thematik in ihrer Gesamtheit wie für Einzelfragen liegt – sehen wir von Publikationen „ad usum Delphini“ ab – eine Reihe von wichtigen Vorarbeiten namhafter

<sup>3</sup> Petersohn, Ostseeraum, bes. S. 41 ff., 211 ff.

Forscher vor, die aufmerksame Beachtung verlangen. Sie sind für die folgenden Erörterungen soweit möglich vollständig herangezogen worden. Ich habe mich indes bemüht, hier in erster Linie die Aussagen der Quellen zu interpretieren, ohne angesichts gegebener Zeit- und Raumbeschränkungen in Einzelausinandersetzung mit allen abweichenden Meinungen eintreten zu können.

Ungeachtet der langjährigen Kämpfe Polens um die Hoheit über die Pomoranen, mit denen Boleslaw III. zu Beginn des 12. Jahrhunderts ältere Ansprüche seines Reiches erneuerte, läßt sich eine konkrete Regelung der staatsrechtlichen Stellung Pommerns erst mit dem Abschluß der polnischen Eroberung des Oderraumes im Jahre 1121 greifen. Der Herrscher des westlichen Pomoranengebietes, Wratislaw I., mußte die Hoheit des polnischen Herzogs anerkennen und wurde verpflichtet, Polen jährlichen Tribut zu zahlen, im Kriegsfall bewaffnete Hilfe zu leisten und für sich und sein Land das Christentum anzunehmen. Daß die Abhängigkeit Pommerns von Polen bereits in Formen des Lehnrechts gekleidet war, ist den Quellen nicht zu entnehmen.<sup>4</sup> Eine vollständige Inkorporation des Westens des pomoranischen Siedlungsgebietes mit dem Oderraum in den polnischen Patrimonialstaat ist 1121 also nicht erfolgt. In dem Gebiet etwa zwischen Persante und Küddow, Warthe-Netze-Niederung, Oder und Ostsee blieb autochthone pomoranische Herrschaft in Abhängigkeit von Polen bestehen.

Die den Pommern auferlegten Unterwerfungsbedingungen scheinen, wie eine 1124 von Bischof Otto von Bamberg erreichte Erleichterung der Heerfolge- und Tributverpflichtungen erkennen läßt, anfangs recht drückend gewesen zu sein.<sup>5</sup> Trotzdem bot die politische Entwicklung der Folgezeit Wratislaw I. mehrfache Möglichkeiten, seine Lage zu verbessern. Insbesondere vermochte er seit Mitte der 20er Jahre durch eine konsequente Expansion über die Oder hinaus in den Peeneraum hinein seine außenpolitische Stellung grundlegend zu verändern. Der Bereich westlich der unteren Oder aber rechnete schon in ottonischer Zeit zum Markengebiet des Reiches. An der politischen Neuordnung der lutizischen Küstengebiete hatte Lothar von Süpplingenburg, der seit 1125 die römische Königskrone trug, bereits als Sachsenherzog größtes Interesse gezeigt. Ohne seine ausdrückliche Billigung erscheint die Festsetzung Wratislaws I. im Peeneraum in den 20er und 30er Jahren des 12. Jahrhunderts kaum denkbar.<sup>6</sup> Dürfen wir die Annahme wagen, daß Wratislaw I. damit für seine lutizischen Eroberungen unter die Hoheit des deutschen Königtums getreten ist? Direkte Quellen für die Beantwortung dieser Frage fehlen. Aber bereits die Durchführung der 2. Missionsreise Bischof Ottos I. von Bamberg im Jahre 1128 unter dem Schutz und Anteil König Lothars III. und des Markgrafen der Lausitz, Albrechts des Bären, läßt deutlich erkennen, daß das deutsche Reich über die lutizischen Teile der Pommernherrschaft Wratislaws eine Oberherrschaft beanspruchte, die auch von diesem respektiert wurde.<sup>7</sup>

<sup>4</sup> Herbord, *Dialogus de Ottone episcopo Bambergensi*, II 5 und II 30, ed. Philipp Jaffé, *Monumenta Bambergensia* (Bibliotheca rerum Germanicarum, 5), Berlin 1869, S. 749, 776; ed. Jan Wikarjak-Kazimierz Liman (*Monumenta Poloniae historica*, ser. nova, VII 3), Warszawa 1974, S. 70 f., 119 f.

<sup>5</sup> Herbord II 26 und 30, ed. Jaffé, S. 771, 776; ed. Wikarjak-Liman, S. 113, 119 f.

<sup>6</sup> Expansion Wratislaws I. in den Peeneraum und Verhältnis zu Lothar III.: Petersohn, *Ostseeraum*, S. 219 ff. (mit weiteren Angaben).

<sup>7</sup> Während Bischof Ottos Aufenthalt in Gützkow 1128 erscheinen Beauftragte des Markgrafen Albrecht und erkundigen sich nach seinem Ergehen. Der Markgraf bietet dem Bamberger Bischof seinen Schutz an; Ebo, *Vita Ottonis episcopi Bambergensis*, III 10, ed. Phil. Jaffé, *Monumenta Bambergensia*, S. 664; ed. Jan Wikarjak-Kazimierz Liman (*Mon. Pol. hist.*, ser. nova, VII 2), Warszawa 1969, S. 110 f.; Herbord III 8, ed. Jaffé S. 799; ed. Wikarjak-Liman, S. 162 f. Die Legaten bleiben

Wratislaws Weg zwischen Polen und dem Reich war indes eine gefährliche Gratwanderung. Boleslaw III. konnte es nicht gleichgültig sein, daß der ihm untergeordnete Herzog außerhalb seines Einflusßbereichs eine neue Machtbasis fand. Boleslaw rüstete 1128 – wie es in den Otto-Viten heißt, wegen pommerscher Einfälle nach Polen; sicher aber nicht zuletzt wegen Wratislaws Hinwendung zum Reich, deren Konsequenzen sich nun abzuzeichnen begannen – zu einem neuen Einfall nach Pommern. Bischof Otto vermochte den Krieg im Interesse seines Missionswerks abzuwenden, aber der Preis für den Frieden war die formelle Erneuerung des pommerschen Abhängigkeitsverhältnisses gegenüber Polen. Ottos Anteil an dieser diplomatischen Vermittlung scheint nun allerdings auf den Unwillen des deutschen Königshofes gestoßen zu sein. König Lothar hat damals die sofortige Rückkehr des Missionars in seine Heimat gefordert und sogar mit Einziehung der Bamberger Kirchengüter gedroht. Der Grund für dieses ungewöhnlich scharfe Verhalten, von den Otto-Biographen allein mit der langen Abwesenheit des Bischofs begründet, dürfte wohl in Ottos Anteil an der Wiederherstellung des pommerschen-polnischen Abhängigkeitsverhältnisses auf Kosten der Ansprüche des Reichs zu suchen sein.<sup>8</sup>

Die Erweiterung der Herrschaftsbasis des pommerschen Herzogsstaates westlich der Oder in den lutizischen Raum hinein hatte das Problem des Verhältnisses Pommerns gegenüber dem Reich jedoch grundsätzlich aufgeworfen. Diese Frage verlangte nach einer Klärung, deren Notwendigkeit sich auch der polnische Herzog auf die Dauer nicht entziehen konnte. Im Jahre 1135, als Kaiser Lothar III., auf dem Höhepunkt seiner Macht stehend, lange hintangestellte Fragen der nördlichen und nordöstlichen Reichspolitik aufgriff und Boleslaw III. zur Herstellung eines Ausgleichs mit dem Kaiser auf dem Merseburger Hoftag erschien, hat auch die Stellung Pommerns gegenüber Polen und dem Kaisertum eine offizielle staatsrechtliche Bestimmung gefunden.

Otto von Freising berichtet in seiner Chronik, der Kaiser habe Boleslaw in Merseburg nicht eher vorgelassen, bevor er den Tribut von 12 Jahren, nämlich 500 Pfund für jedes Jahr, bezahlte, *et de Pomeranis et Rugis hominum sibi faceret subiectionemque perpetuam sacramento firmaret*.<sup>9</sup> Die wenigen Worte werfen zahlreiche Streitfragen auf. Es muß hier offen gelassen werden, ob die polnischen Tributnachsahlungen etwas mit den pommerschen Tributen an Polen zu tun haben, wer mit den *Rugi* gemeint ist und wie sich nach den Vorstellungen Ottos von Freising das grundsätzliche Verhältnis Polens zum Reich regelte. Unzweifelhaft ist jedoch, daß Pommern 1135 in Merseburg in ein eindeutig umschriebenes Rechtsverhältnis zum Reich trat: Polen erkannte für Pommern die kaiser-

in Pommern bis zur Rückkehr Ottos von den Verhandlungen mit Boleslaw III. von Polen (Herb. III 10, ed. Jaffé, S. 804 f.; ed. Wikarjak-Liman, S. 169), erfüllen offenbar also eine Beobachterfunktion. Die geschilderten Vorgänge wären undenkbar, wenn Wratislaw nicht Hoheitsrechte des deutschen Königs wenigstens in Vorpommern anerkannt hätte. Während der Vermittlungsgespräche, die Bischof Otto 1128 zur Beilegung der polnisch-pommerschen Spannungen führte, scheint er die Herrschaftsrechte König Lothars ins Spiel gebracht zu haben (*At ille, Dei protectione et Romani principis respectu ac defensione Wortizlai ducis se munitum protestatus . . .*), ohne daß Boleslaw III. diese anzuerkennen bereit war (*Testorque Deum celi, quod nec domino meo regi Lothario in tam grandi negotio annuerem; sed nunc honoravi faciem tuam et reverendam canitiem*); Ebo III 13, ed. Jaffé, S. 669, 670; ed. Wikarjak-Liman, S. 117.

<sup>8</sup> Quellen für die pommerschen-polnische Krise und ihre Beilegung durch Bischof Otto I. von Bamberg im Jahre 1128: Ebo III 13 und 24, ed. Jaffé, S. 668–670, 685 f.; ed. Wikarjak-Liman, S. 115–118, 136 f.; Herbord III 10, ed. Jaffé, S. 803 f.; ed. Wikarjak-Liman, S. 166–169. Zum Verständnis Petersohn, *Ostseeraum*, S. 223.

<sup>9</sup> *Otonis episcopi Frisingensis Chronica sive historia de duabus civitatibus*, VII 19, <sup>2</sup>ed. A. Hofmeister, MGH, SS rer. Germ. in us. scholarum, Hannover und Leipzig 1912, S. 336.

liche Lehnshoheit an, der Kaiser ist Oberlehnsherr Pommerns, der Pommernherzog Aftersall des Reiches, Polen gab eine offizielle Garantie für die staatliche Integrität Pommerns ab.

Aber was ist mit Pommern bei Otto von Freising gemeint? Das gesamte Herrschaftsgebiet der Greifenherzöge oder nur der pomoranische Siedlungsteil östlich der Oder? Es gibt ein gewichtiges Zeugnis dafür, daß das Kaisertum die Hoheit Bolesławs III. über das pommersche Herzogtum allein für dessen östliche Hälfte anerkannte, für den Westteil dagegen eine andere Regelung getroffen hat. In einer Urkunde, durch die Lothar III. 1136 dem Bistum Bamberg Einkünfte des kaiserlichen Fiskus im Peenegebiet überwies, werden die Provinzen Groswin, Lassan, Meseritz und Zithen, also Gebiete, für die im übrigen pommersche Herzogsherrschaft gesichert ist, als Teile der Mark Albrechts des Bären, dem 1134 die Nordmark übertragen worden war, ausgewiesen.<sup>10</sup> Im lutizischen Siedlungsbereich westlich der Oder galt für den Pommernherzog also, wie schon für 1128<sup>11</sup> zu folgern, offiziell die Hoheit des Reichs bzw. seiner Beauftragten.<sup>12</sup> Für den pommerschen Herzog ist somit um 1135/36 eine staatsrechtliche Doppelstellung anzunehmen, in der in jedem Fall das Kaisertum die Position des Oberherrn beanspruchte, während unter ihm für den östlichen Teil des Landes der Herzog von Polen, für den westlichen der Markgraf der Nordmark als Zwischenmächte zuständig waren. Das ist eine komplizierte Regelung, die sich in moderne Staatsrechtsdefinitionen mit ihren Postulaten der Flächenhaftigkeit und Eindeutigkeit staatsrechtlicher Zustände nicht adäquat umsetzen läßt, die aber die Komplexität der politisch-territorialen Stellung des Staatswesens der pommerschen Greifen inmitten der Machtverhältnisse des südlichen Ostseeraumes treffend widerspiegelt.

Wie sich diese Ordnung in der Praxis bewähren würde, mußte sich insbesondere in dem Moment erweisen, in dem Polen die energische Hand Bolesławs III. fehlte.

Dem Letzten Willen Bolesław Schiefmunds entsprechend wurde nach seinem Tod (1138) die polnische Monarchie in einen Bund gleichberechtigter Herzöge umgewandelt, von denen jeweils der älteste Vertreter als Senior gewisse Prärogativen zur Wahrung der Einheit des Landes besitzen sollte.<sup>13</sup> Dazu gehörte nach der *Chronica Poloniae maioris* auch Pommern.<sup>14</sup> Nach der *Chronica principum Poloniae* dagegen hätte Mieszko III. *Gnezniam et Pomeraniam* erhalten.<sup>15</sup> Die Fragen um das Politische Testament Bolesławs III. und seine Ausführung werden sich wohl nie völlig klären lassen. Deutlich ist indes,

<sup>10</sup> MGH. Die Urkunden der deutschen Könige und Kaiser, Bd. 8: Die Urkunden Lothars III. und der Kaiserin Richenza, 2. Berlin 1957, Nr. 91. Zur Herrschaftssituation der genannten Landschaften im Peenegebiet Bröske, Untersuchungen, S. 162 ff., 167 ff., 173 ff., 175 ff.

<sup>11</sup> Meine Äußerungen, Ostseeraum S. 220 Anm. 32 sind in diesem Sinne zu präzisieren. Vgl. im übrigen Felix Rachfahl, Der Ursprung des brandenburgisch-pommerschen Lehnverhältnisses, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte 5, 1892, S. 54 ff., 76; Hermann Bollnow, Der Kampf um Vorpommern im 12. und 13. Jahrhundert von Lothar von Sachsen bis zum Ende der Staufer, in: Baltische Studien NF 47, 1960, S. 59.

<sup>12</sup> Zum „Testament“ Bolesławs III., von dem keine authentische Überlieferung existiert, vgl. Rhode, S. 32 f., Karol Maleczyński, Bolesław Krzywousty, 2. Wrocław u. a. 1975, S. 312 ff. Neuere Lit. bei Oskar Kossmann, Polen im Mittelalter. Beiträge zur Sozial- und Verfassungsgeschichte, Marburg/L. 1971, S. 194 ff.

<sup>13</sup> *Wladislaw vero primogenito Cracoviensem, Syradiensem, Lanciensem, Slesziam et Pomeraniam et principandi auctoritatem legat*; *Chronica Poloniae maioris* (Kronika Wielkopolska), ed. Brygida Kürbis (Monumenta Poloniae historica, ser. nova VIII), Warszawa 1970, S. 48.

<sup>14</sup> *Chronica principum Poloniae* (Kronika książąt Polskich), ed. Zygmunt Węclewski, Monumenta Poloniae historica, Bd. 3, Lwów 1878, S. 476.

daß seit den 40er Jahren des 12. Jahrhunderts, als das machtvolle Reich Bolesław Schiefmunds durch Familienzwistigkeiten und territoriale Zersplitterung geschwächt wurde, auch die polnische Hoheit über Pommern sich mehr und mehr zu verflüchtigen begann.<sup>15</sup> Zur gleichen Zeit traten im Ostseeraum neue Gewalten auf die Bühne, die bald auch das Gebiet des pommerschen Herzogsstaates in ihre expansiven Interessen einbezogen: Sachsen unter Heinrich dem Löwen, Dänemark unter König Waldemar I. Die polnischen Herzöge, durch Barbarossas Polenfeldzug von 1157 und die Intervention von 1163 in ihrem außenpolitischen Spielraum beschränkt, waren nicht in der Lage, in Pommern ihre Interessen gegenüber den neuen Ostseemächten zu vertreten. So waren die Greifen zu selbständigen Regelungen gezwungen, bei denen sie auf ältere Bindungen keine Rücksicht mehr nehmen konnten. Um dem steigenden Druck Dänemarks auszuweichen, haben sich die Pommernherzöge Bogislaw I. und Kasimir I. 1164 oder bald danach in die Lehnshoheit Heinrichs des Löwen begeben.<sup>16</sup> Bogislaw I. scheint in den 70er Jahren, wie seine Teilnahme an dem Gnesener Fürstenkongreß von 1177 nahelegt, noch einmal außenpolitischen Rückhalt an Polen gesucht zu haben,<sup>17</sup> hat nach dem Sturz Heinrichs des Löwen jedoch die nunmehr im Küstengebiet beherrschende Kaisermacht rückhaltlos anerkannt.

1181 erschien Bogislaw I. im Lager vor Lübeck vor Friedrich Barbarossa und nahm Pommern von ihm zu Lehen. Die Quellen über dieses Ereignis sind nicht ganz einheitlich, ihre Deutungen teilweise strittig.<sup>18</sup> Arnold von Lübeck verwendet die Begriffe *hominium et tributum*<sup>19</sup>, Saxo Grammaticus, der sich über die Vorgänge recht mokant ausläßt, bezeugt ausdrücklich eine Fahnenbelehnung.<sup>20</sup>

Was war 1181 geschehen? Daß Bogislaw I. damals unmittelbarer Lehnsmann des Kaisers wurde, steht außer Zweifel. Umstritten ist jedoch, ob er damit in den Status eines Reichsfürsten aufstieg, d. h. in den sich zu jener Zeit abschließenden jüngeren Reichsfürstenstand Aufnahme fand. Mir scheint, daß, abgesehen von anderen Argumenten, insbesondere die Kombination von Mannschaftsleistung und Tributpflicht gegen diese Annahme

<sup>15</sup> Kazimierz Myśliński, Polska a Pomorze zachodnie po śmierci Krzywoustego, in: Roczniki historyczne 17, 1948, S. 1–67; Ders., Bogusław I. Książę Pomorza Zachodniego, Bydgoszcz u. a. 1948. Benedykt Zientara, Stosunki polityczne Pomorza zachodniego z Polską w drugiej połowie XII wieku, in: Przegląd historyczny 61, 1970, S. 546–576.

<sup>16</sup> Saxonis Gesta Danorum XIV, XLIII 1, ed. J. Olrik-H. Raeder, Bd. 1, Hauniae 1931, S. 488, vgl. ebd. XIV, XXXV 2, S. 458. Nicht überliefert ist das Datum der Lehnnahme, das wohl auf die Zeit der Eroberung von Demmin 1164 oder kurz danach anzusetzen ist. Umstritten ist auch die Ausdehnung des vom Sachsenherzog abhängigen Gebietes, das die meisten Forscher auf das Teilherzogtum Demmin beschränken möchten, vgl. außer der bei Petersohn, Ostseeraum, S. 411 Anm. 7 genannten Literatur jetzt auch Karl Jordan, Heinrich der Löwe, München 1979, S. 94.

<sup>17</sup> 1177: PUB I 73; Repertorium Polskich dokumentów doby Piastowskiej, 1, do końca — wieku XII, bearb. v. Zofia Kozłowska — Budkowa, Kraków 1937, S. 90 f. Nr. 87; vgl. Zientara, Stosunki, S. 560 ff.

<sup>18</sup> Vgl. zuletzt den Überblick über den Diskussionsstand bei Dietmar Lucht, War Bogislaw I. Reichsfürst? In: Baltische Studien NF 54, 1968, S. 26 f.

<sup>19</sup> ... *Buggezlau, imperatori coniunctus, hominum et tributum ei persolvit*; Arnoldi Chronica Slavorum, II 17, ed. J. M. Lappenberg, MGH, SS rer. Germ. in us. scholarum, Hannover 1868, S. 58.

<sup>20</sup> ... *datis sollemniter aquilis, Sclaviae duces appellat*; Saxo, Gesta Danorum, XV, V 11, ed. Olrik-Raeder, S. 533; vgl. auch Saxo XV, V 5, S. 532. Das Faktum einer Fahnenbelehnung erhärtet F. Curschmann, Die Belehnung Herzog Bogislaw I. von Pommern im Lager vor Lübeck 1181, in: Pommersche Jahrbücher 31, 1937, S. 17 ff., ohne daß hieraus jedoch reichsfürstliche Stellung gefolgert zu werden braucht.

me spricht.<sup>21</sup> Ein Reichsfürst hatte dem Kaiser *auxilium* und *consilium* zu leisten, nicht jedoch Tribute zu zahlen. Die der innerdeutschen Lehnpraxis fremde Kombination von Tributärstatus und Lehnabhängigkeit ist seitens des Kaisertums jedoch zur Regelung von äußeren Abhängigkeitsverhältnissen in Osteuropa mehrfach angewendet worden.<sup>22</sup> Noch 1157 und 1172 hatte Kaiser Friedrich I. auf diese Weise die Hoheit des Reichs gegenüber den Herzögen von Polen zum Ausdruck gebracht.<sup>23</sup> Die Vasallität schuf ja zunächst nur eine persönliche Bindung zwischen Lehnsmann und Herrn, stellte zugleich aber die – durch diesen Akt keineswegs aufgehobenen – Herrschaftsrechte des belehnten Fürsten in die Abhängigkeit von einer höheren Gewalt. In solchen Herrschaftsverbänden, die das Lehnrecht noch nicht als innerstaatliches Ordnungsprinzip rezipiert hatten, in denen sich die politische Bindung des Fürsten also nicht kraft Lehnspflicht nach unten fortsetzen konnte, trat die Tributzahlung als reale Anerkennung der Unterordnung der Gesamtbevölkerung unter den fremden Oberherrn zum Lehnsexus hinzu. Beide Abhängigkeitsformen schlossen sich also nicht aus, sondern ergänzten sich als verschiedenartige Mittel zur Regelung staatsrechtlicher Bindungen.<sup>24</sup>

Auf die staatsrechtliche Stellung Pommerns im Jahre 1181 bezogen, heißt das, daß Pommern von Friedrich Barbarossa damals nicht in den engeren Reichsverband aufgenommen, sondern als eigenständige – d. h. sowohl von Polen als auch von Sachsen und Brandenburg unabhängige – Slavenherrschaft mit dem Imperium verbunden worden war. Pommern rückte damit in eine dem zeitweiligen Status Polens, Böhmens, Ungarns und Dänemarks ähnelnde Stellung ein. Daß der vorteilhaften und erwartungsvollen Einschätzung Pommerns als eines selbständigen, reichsabhängigen Ostsee-Slavenreichs zwi-

<sup>21</sup> So schon Julius Ficker, *Vom Reichsfürstenstande*, Bd. 1 (2<sup>te</sup> hg. v. Paul Puntschart), Innsbruck 1932, § 70 S. 106; Paul von Niesse, *Die staatsrechtlichen Verhältnisse Pommerns in den Jahren 1180 bis 1214*, in: *Baltische Studien* NF 17, 1913, S. 263 ff.; Lucht, a. a. O. S. 29 f., weitere Argumente bei Gunther Engelbert, *Die Erhebungen in den Reichsfürstenstand bis zum Ausgang des Mittelalters*, Phil. Diss. Marburg 1948 (masch. schr.), S. 98 ff. Das Diplom Kaiser Friedrichs I. für das Bistum Schwerin vom 2. Januar 1170 (St. 4106, PUB I 53) mit der angeblichen Anerkennung der Slavenfürsten Bogislaw, Kasimir und Pribislaw als Reichsfürsten ist zu stark verfälscht, um für die Diskussion dieser Frage herangezogen werden zu können; vgl. zuletzt die Bemerkungen von Klaus Conrad in PUB I<sup>2</sup> S. 61 sowie Walter Koch, *Die Reichskanzlei in den Jahren 1167 bis 1174*, Wien 1973, S. 130 f.

<sup>22</sup> Eine systematische Behandlung dieses Phänomens fehlt. Vgl. aber Albert Brackmann, *Reichspolitik und Ostpolitik im frühen Mittelalter*, in: Ders., *Gesammelte Aufsätze*, Darmstadt 1967, S. 194 f.; Ilse Scheiding-Wulkopf, *Lehnsherrliche Beziehungen der fränkisch-deutschen Könige zu anderen Staaten vom 9. bis zum Ende des 12. Jahrhunderts*, Marburg 1948, S. 18 ff., 52 ff., 61 ff., 69, 70 f., 73, 82, 85 f.; Gerd Tellenbach, *Vom Zusammenleben der abendländischen Völker im Mittelalter*, in: *Festschrift für Gerhard Ritter*, Tübingen 1950, bes. S. 6 ff., 22 ff.; Wilhelm Wegener, *Böhmen/Mähren und das Reich im Hochmittelalter*, Untersuchungen zur staatsrechtlichen Stellung Böhmens und Mährens im Deutschen Reich des Mittelalters 919–1253, Köln–Graz 1959, S. 14 f., 49 ff., 55 ff.; Hans Jäger, *Rechtliche Abhängigkeitsverhältnisse der östlichen Staaten vom Fränkisch-Deutschen Reich (Ende des 8. bis Ende des 11. Jahrhunderts)*, Phil. Diss. Frankfurt a. M. 1960, S. 23 f., 42 ff., 57 f., 76 f., 82, 104, 107, 113; Hartmut Hoffmann, *Böhmen und das deutsche Reich im hohen Mittelalter*, in: *Jb. f. d. Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 18, 1969, S. 6 f., 12 ff., 29 ff.; Gernot von Grawert-May, *Das staatsrechtliche Verhältnis Schlesiens zu Polen, Böhmen und dem Reich während des Mittelalters*, Aalen 1971, S. 18 ff., 34 ff., 66 ff., 82 f., 89 ff.

<sup>23</sup> Vgl. zuletzt v. Grawert-May, S. 72 ff.

<sup>24</sup> Brackmann, S. 195; Scheiding-Wulkopf, S. 1 ff., 55, 96; Tellenbach, S. 23; Jäger, S. 6; v. Grawert-May, S. 18.

schen Dänemark und Polen allerdings die notwendigen Machtgrundlagen fehlten, sollten die Ereignisse der folgenden Jahre schnell zeigen.

Friedrich Barbarossa hat keineswegs, wie es 1181 den Anschein haben mochte, die Reichsgewalt im Ostseeraum wirksam zur Geltung gebracht. Seine Ziele lagen weiterhin vornehmlich in Italien. In das durch den Sturz Heinrichs des Löwen entstandene Machtvakuum stieß nun die dänische Königsgewalt erfolgreich vor. 1185 mußte sich Herzog Bogislaw I. von Pommern nach zähen Kämpfen dem Dänenkönig Knud VI. unterwerfen. Bogislaw hatte bei seiner Verteidigung weder die Hilfe des deutschen Reichs noch die Unterstützung Polens gefunden.

Die Friedensbedingungen von 1185 verlangten nach Saxo, daß der Pommernherzog sein Land aus der Hand des Dänenkönigs als Lehen empfangen und nach dem Vorbild der Rugier Tribut an Dänemark zahle.<sup>25</sup> Auch der zeitgenössische dänische Geschichtsschreiber Sven Aggesøn gebraucht die Begriffe *tributum et hominum*, die für 1181 schon bei Arnold von Lübeck begegneten.<sup>26</sup> Das würde bedeuten, daß Pommern 1185 insgesamt zu ähnlichen Bedingungen, wie sie 1181 von Kaiser Friedrich I. gewählt worden waren, in dänische Abhängigkeit trat, gewissermaßen also nur die Stellung des Kaisers mit der des Dänenkönigs vertauschte. Zu dieser Beobachtung paßt auch die Tatsache, daß Dänemark zu jener Zeit die Reichshoheit bereits nicht mehr anerkannte.

Die dänische Lehnshoheit hat die politische Entwicklung Pommerns, soweit sich sehen läßt, nicht belastet, hat das Land allerdings auch keineswegs völlig vor äußeren Einfällen gesichert.<sup>27</sup> Daß in diesem Zusammenhang allerdings Brandenburg um 1198 eine förmliche Oberhoheit über Pommern erringen und bis 1211 ausüben konnte, dürfte sich nicht aufrecht erhalten lassen.<sup>28</sup> Gleiches gilt für die insbesondere von Paul von Niesse vorgebrachte Annahme polnischer Hoheit über Pommern um 1205.<sup>29</sup> Auch in der polnischen Forschung ist die Ansicht verbreitet, daß die Nachricht dänischer Annalen über eine *expedicio* Waldemars II. in *Slaviam* im Jahre 1205 mit dem Zusatz der *Annales Walde-*

<sup>25</sup> . . . non alias pacis condiciones assequi potuit, quam ut procuracionem hactenus patrimonii titulo administratam e manu regis beneficii iure susceperet libertatemque servitute mutaret, Rugianae gentis tributum obsequiis aequaturus; Saxo XVI, VIII 6, ed. Olrik-Raeder, S. 550.

<sup>26</sup> Svenonis Aggonis filii Brevis historia regum Dacie, c. 20, ed. M. Cl. Gertz, *Scriptores minores historiae Danicae medii aevi*, Bd. 1, Kopenhagen 1917/18, S. 140. – Mit eindeutig lehnsrechtlicher Terminologie (*factus est homo regis*) beschreiben den Vorgang die *Annales Waldemariani* a. a. 1186; vgl. ebd. zu 1187, ed. Ellen Jørgensen, *Annales Danici medii aevi*, København 1920, S. 19.

<sup>27</sup> Zur Gesamtsituation zuletzt Dietmar Lucht, *Die Außenpolitik Herzog Barnims I. von Pommern*, in: *Baltische Studien* NF 51, 1965, S. 15 ff.

<sup>28</sup> Diese Ansicht wurde zuerst formuliert von Robert Klempin in seinen Erläuterungen zu Arnold, *Chron. Slav.* VI 9–10 in der 1. Auflage von PUB I (Stettin 1868) S. 101 f. zu Nr. 135, S. 118 zu Nr. 155. Ihm folgen – z. T. mit anderer Begründung (Annahme einer Verleihung der Hoheit über Pommern an Brandenburg durch König Philipp von Schwaben um 1198) – u. a. Rachfahl, *Über Pommern*, S. 57 ff.; Hermann Krabbo-Georg Winter, *Regesten der Markgrafen von Brandenburg aus askanischem Hause*, Leipzig–München–Berlin 1910–1955, Nr. 506; Schultze, *Mark Brandenburg I.* S. 108 ff., 113; Lucht, *Außenpolitik*, S. 15, 18. Die Quellengrundlage ist jedoch, wie schon Fritz Zickermann, *Das Lehnverhältnis zwischen Brandenburg und Pommern im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert*, in: *Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte* 4, 1891, S. 22 ff. und v. Niesse, *Die staatsrechtlichen Verhältnisse*, S. 273 ff. erkannten, zu schmal, um so weitreichende Hypothesen zu fundieren.

<sup>29</sup> v. Niesse, *Die staatsrechtlichen Verhältnisse*, S. 278 ff., 308. Ihm folgt Wehrmann, *Geschichte von Pommern*, I<sup>2</sup> S. 92.



mariani: *ubi dux Lodizlaus occurrit domino regi*, durch diesen Schluß überinterpretiert ist.<sup>30</sup>

Die dänische Expansion auf Kosten der Kaiserrechte im südlichen Ostseeraum ist vom Reich erst in der Krisensituation des welfisch-staufischen Thronstreits sanktioniert worden. Nachdem Waldemar II. 1201 auch weite Teile Holsteins und Mecklenburgs eroberte, hat 1202 Otto IV., 1214 Friedrich II. dem Dänenkönig den Besitz aller Reichslande jenseits von Elde und Elbe zugestanden.<sup>31</sup> Als ein Jahrzehnt später jedoch König Waldemar II. in die Gefangenschaft seines Lehnsmanne Heinrich von Schwerin fiel (1223), war es nunmehr das Reich, das die Bedingungen seiner Freilassung bestimmte. Der Vertrag vom November 1225 verlangte ausdrücklich, daß der Dänenkönig alle Reichslande zwischen Eider und Elbe, die Länder des Mecklenburgischen Fürsten Heinrich Borwin und alle Länder Slaviens mit Ausnahme von Rügen dem Reich zurückerstatte. Es dürfte kein Zweifel daran bestehen, daß unter den *terrae Sclavie* in erster Linie das pommersche Herzogtum zu verstehen ist.<sup>32</sup>

Dänemark hat sich dem erzwungenen Vertrag verständlicherweise nicht gebeugt und ihn nach Freilassung Waldemars II., gestützt auf einen Dispens Papst Honorius' III.,<sup>33</sup> widerrufen. Aber das Scheitern der dänischen Rückeroberungsversuche durch den Sieg einer norddeutschen Fürsten- und Städtekoalition in der Schlacht von Bornhöved am Magdalenenstag des Jahres 1227 hat die Hoheitsverhältnisse im südlichen Ostseeraum im Sinne der Forderungen von 1225 faktisch bestätigt, auch wenn Dänemark seine Ansprüche weiterhin aufrechterhielt und sich beispielsweise Friedrichs II. Abtretungserklärung von 1214 im Jahre 1256 von Papst Alexander IV. nochmals konfirmieren ließ.<sup>34</sup> Pommern selbst ist während dieser Auseinandersetzungen auffällig passiv geblieben. Ungachtet stellenweise in Vorpommern fortdauernder dänischer Hoheitsrechte darf seit etwa 1227 aber auch für das Herzogtum Pommern die Periode staatsrechtlicher Bindung an das Königreich Dänemark als beendet betrachtet werden.<sup>35</sup>

Im Lichte der älteren Regelungen hätte es nun nahegelegen, daß nach 1225/27 die Hoheitssituation des Jahres 1181 wieder in ihre Rechte getreten wäre. Aber weder seitens der Reichsgewalt noch seitens der Pommernherzöge sind Schritte zu erkennen, unmittelbare Beziehungen zueinander aufzunehmen. Das bedeutet jedoch nicht, daß Pommern damit den Status rechtlicher Unabhängigkeit vom Reich erlangte. Das Gebiet zu beiden Seiten

<sup>30</sup> Annales Sorani, Ann. Lundenses, Ann. Waldemariani, ed. Jørgensen, S. 96/97. Vgl. dazu Zien-tara, Stosunki, S. 567 f.; Kazimierz Ślaski, Die Beziehungen der ostseeslawischen und polnischen Herrschaftsgebiete mit Skandinavien im 9.–13. Jahrhundert insbesondere im Lichte neuerer polni-scher Forschungen, in: Hansische Geschichtsblätter 89, 1971, S. 22.

<sup>31</sup> Eine förmliche Abtretung durch Otto IV. ist urkundlich nicht überliefert, seine Anerkennung der Eroberungen Waldemars II. aus dem damals im Sinne der Politik Innocenz' III. geschlossenen Bündnis mit dem Dänenkönig (Regestum Innocentii III. papae super negotio Romani imperii, ed. Fr. Kempf, Rom 1947, Nr. 84 S. 226, Nr. 97 S. 252 f., Nr. 101 S. 258 f.) jedoch unbedingt zu folgern. – 1214: Const. II 53.

<sup>32</sup> *Dominus rex omnes terras inter Eidram et Albiam fluvios sitas ad imperium pertinentes, videlicet a descensu Eide in mare usque ad aquam Leoldesowe et ab eadem aqua usque ad mare, terras domini Burwini et omnes terras Sclavie, preter Rugiam et terras ei attinentes, imperio dimittere debet*; Const. II 455 S. 627. Slavia als Herrschaftsgebiet im pommerschen Herzogstiel des 13. Jahrhunderts: Renn, S. 49 ff.

<sup>33</sup> Poth. 7594; Mecklenburgisches Urkundenbuch, Bd. 1, Schwerin 1863, Nr. 329.

<sup>34</sup> Poth. 16 441; PUB II 622.

<sup>35</sup> Wehrmann, Geschichte von Pommern, I<sup>2</sup> S. 96 ff.; Carl Hamann, Die Beziehungen Rügens zu Dänemark von 1168 bis zum Aussterben der einheimischen rügischen Dynastie 1325, Greifswald 1933, S. 7 ff.

der Odermündung blieb zunächst Niederdruckzone im politischen Geschehen des südlichen Ostseeraumes. Nach Polen, Dänemark und dem Herzogtum Sachsen trat nunmehr eine andere deutsche Territorialgewalt von expansivem Entwicklungspotential, die Markgrafschaft Brandenburg, als bestimmende Macht in der Nachbarschaft Pommerns hervor und forderte Berücksichtigung seiner Interessen auch auf staatsrechtlichem Gebiet.

Die Initiative bei den künftigen Regelungen ist im wesentlichen von den Markgrafen von Brandenburg ausgegangen, die bei ihren Forderungen die Reichsgewalt hinter sich wußten. Aufgrund ihrer Bitten und gestützt auf die von ihnen gelieferten rechtlichen und historischen Informationen hat Kaiser Friedrich II. das Herzogtum Pommern 1231 der Hoheit der Markgrafen von Brandenburg unterstellt.<sup>36</sup> Eine Bezugnahme auf den Akt von 1181 oder eine Anknüpfung an ihn deutet sich nur insofern an, als der Kaiser überhaupt ohne Bedenken ein Verfügungsrecht über Pommern wahrnimmt. In Abweichung von der Regelung des Jahres 1181 wird nunmehr aber das Gebiet der pommerschen Herzöge nicht als außerhalb des Reichsverbandes stehendes, abhängiges Slavenland, sondern als direktes Reichsgebiet behandelt. Weiterhin wird der pommersche Herzog aus der Stellung eines Direktbelehnten in die eines Aftervasallen des Kaisers hinabgedrückt. Insofern handelt es sich 1231 eher um eine Rückkehr zum Status von 1135/36, nur mit dem wesentlichen Unterschied, daß jetzt allein von brandenburgischen Rechten, und zwar von solchen auf ganz Pommern, die Rede ist. Das sind wesentliche Änderungen der älteren Rechtssituation Pommerns, deren Begründung wohl weniger, wie die bisherige Forschung gemeint hat, in unbeweisbaren Hoheitsverleihungen der Staufer an die Markgrafen um 1198 oder in brandenburgischen Eroberungen dieser Jahre,<sup>37</sup> sondern in subjektiven Ausdeutungen des 1136 greifbaren, 1164 von Heinrich dem Löwen, 1181 von Friedrich I. übergangenen märkischen Rechtsstatus für das lutzische Vorpommern zu suchen ist.

Die Herzöge von Pommern haben die Kaiserentscheidung von 1231 keineswegs akzeptiert. Aber sie haben auch nicht gegen sie beim Kaiserhof protestiert oder durch Verhandlungen mit der Reichsgewalt ihre Revision einzuleiten versucht. Die Pommernherzöge haben sich, das offenbart zugleich Stärke und Schwäche ihrer Selbstständigkeitspolitik, einerseits um die kaiserliche Verfügung nicht gekümmert, besaßen jedoch andererseits keineswegs die politischen Mittel, um ihren Anspruch auf Unabhängigkeit durchzusetzen. So mußten sie im Gefolge wechselnder Auseinandersetzungen schließlich doch die brandenburgische Lehnshoheit anerkennen, und zwar nunmehr unter sehr schlechten Bedingungen: Barnim I. um 1234/36 für das Herzogtum Stettin,<sup>38</sup> Wratisslaw III. 1236 im Vertrag von Kremmen mit erheblichen Landabtretungen und dem Zugeständnis brandenburgischer Heimfallsrechts für seinen Demminer Landesteil.<sup>39</sup> Erst 1250 konnte Barnim I. im Landiner Vertrag mit dem Verzicht auf die Uckermark eine brandenburgische Gesamtbelehnung der Pommernherzöge erkaufen,<sup>40</sup> so daß 1264 beim erbenlosen Tod Wra-

<sup>36</sup> Kaiser Friedrich II. belehnt die Markgrafen Johann I. und Otto III. von Brandenburg auf ihre Bitten (*nostro culmini supplicavit*) mit der Mark Brandenburg „una cum ducatu Pomeranie“. – . . . *de superhabundanciori gracia nostra confirmantes eisdem ducatum Pomeranie, prout dictus quondam pater et predecessores eorum noscuntur a nostris predecessores tenuisse*; J. F. Böhrmer – Julius Fik-ker, Regesta Imperii, Bd. V, 1, Innsbruck 1881–1882, Nr. 1918; letzter krit. Druck PUB I<sup>2</sup> 279.

<sup>37</sup> Vgl. vorne zu Anm. 28.

<sup>38</sup> Beim Abschluß des Landiner Vertrags 1250 steht Barnim I. offenbar bereits im Lehnverhältnis zu Brandenburg. Die Lehnsnahme dürfte mit seinen beiden Spandau-Aufenthalten am 28. Dezember 1234 und 4. März 1236 (PUB I 309, 328) in Zusammenhang zu bringen sein; vgl. Lucht, Außenpolitik, S. 20.

<sup>39</sup> PUB I 334.

<sup>40</sup> PUB I 512, 513.

tislaws III. wenigstens die restliche Ländermasse der Greifen unter brandenburgischer Hoheit beisammenblieb.

Die staatsrechtliche Situation Pommerns ist seit den 30er Jahren des 13. Jahrhunderts also zu definieren als die eines Fürstentums des deutschen Reiches, das – abgesehen von einzelnen 1236 noch lebendigen Hoheitsrechten des Herzogtums Sachsen<sup>41</sup> – im ganzen in der Lehnabhängigkeit der Markgrafen von Brandenburg stand. Spätestens seit dieser Zeit wird man die Pommernherzöge, die eine Fürstenwürde eigenen Rechts besaßen, auch als deutsche Fürsten bezeichnen dürfen, wenngleich ihnen die politische Vollberechtigung einer unmittelbaren Königsbelehnung und Reichsfürstenstellung durch die brandenburgische Mediatisierung vorerst noch verwehrt war.<sup>42</sup> Die brandenburgische Hoheit bezog im übrigen auch das Hochstift Kammin ein,<sup>43</sup> dessen Oberhirten nach Tauschverträgen mit den Pommernherzögen damals zu selbständigen Territorialherren zunächst im Lande Stargard (1240), dann im Lande Kolberg (1248) aufstiegen.

Die brandenburgische Lehnshoheit über Pommern hat ungeachtet häufiger Kämpfe und Kriegshandlungen bis ins 14. Jahrhundert hinein bestanden.<sup>44</sup> Nach dem Aussterben der Askanier (1319/20) waren die pommerschen Herzöge jedoch nicht bereit, eine lehnrechtliche Beschränkung ihrer Hoheit auch den Wittelsbachern als neuen Herren der Mark zuzugestehen.<sup>45</sup> Ludwig der Bayer war anfangs einer Reichsbelehnung der pommerschen Herzöge nicht abgeneigt,<sup>46</sup> ist seit der Erhebung seines gleichnamigen Sohnes zum Markgrafen von Brandenburg im Jahre 1323 aber ganz in die askanische Tradition eingeschwenkt.<sup>47</sup> Die pommerschen Herzöge beantworteten seine Politik, nachdem schon 1320 eine formale Lehnsnahme vom Bistum Kammin vorausgegangen war,<sup>48</sup> im Jahre 1331 mit einer ihre staatliche Unabhängigkeit rechtlich verbürgenden Lehnsauftragung an Ludwigs Todfeind, Papst Johannes XXII.<sup>49</sup>

<sup>41</sup> Die brandenburgische Belehnung Herzog Wratislaws III. von Pommern-Demmin im Jahre 1236 bezog sich auf *omnia bona que habet preter illa, que spectant ad ducatum Saxonie*; PUB I 334.

<sup>42</sup> Ficker, Vom Reichsfürstenstande, I § 169 S. 218 ff. (vgl. § 187 S. 235, § 198 S. 263) will eine Reichsfürstenstellung der Pommernherzöge erst ab 1320, Engelbert, Erhebungen, S. 97 f., 104 f. ab 1338 anerkennen. Wenn Ficker andererseits für die vorausgehende Zeit Zweifel an der Respektierung der Fürstenwürde der Pommernherzöge im Umgang mit Reichsfürsten anmeldet (S. 219; allerdings nach unvollständigen und veralteten Materialien), so sind demgegenüber auch die seit Barnims I. dritter Ehe mit Mechthild von Brandenburg (um 1267) üblichen Heiratsverbindungen der Greifen mit deutschen reichsfürstlichen Häusern zu beachten, vgl. dazu Adolf Hofmeister, Genealogische Untersuchungen zur Geschichte des pommerschen Herzogshauses, in: Pommersche Jahrbücher 31, 1937, S. 98; Martin Wehrmann, Genealogie des pommerschen Herzogshauses, Stettin 1937.

<sup>43</sup> Petersohn, Ostseeraum, S. 294 ff.

<sup>44</sup> Zickermann, Lehnverhältnis, S. 45 ff.

<sup>45</sup> Zickermann, Lehnverhältnis, S. 91 ff., Martin Wehrmann, Der Streit der Pommernherzöge mit den Wittelsbachern um die Lehnabhängigkeit ihres Landes 1319–1338, in: Baltische Studien NF 4, 1900, S. 17–64.

<sup>46</sup> Const. V 612; PUB V 3431.

<sup>47</sup> Die am 24. Juni 1324 ausgefertigte Urkunde über die 1323 erfolgte Belehnung bezieht ausdrücklich die Herzogtümer Demmin und Stettin ein (Const. V 938). Nach dem Scheitern mehrfacher Vermittlungsverhandlungen (Zickermann, Lehnverhältnis S. 98 ff.; Wehrmann, Streit, S. 35 ff.) befahl Ludwig der Bayer am 27. Januar 1328 von Rom aus den pommerschen Herzögen, ihre Lande von Markgraf Ludwig von Brandenburg zu Lehen zu nehmen (Const. VI 1 Nr. 388; PUB VII 4361).

<sup>48</sup> PUB V 3391.

<sup>49</sup> PUB VIII 4854. Akten der Vorverhandlungen PUB VII 4587, VIII 4853. Kaiser Ludwig begann auf diesen Schritt hin einzulenken, PUB VIII 4903.

Als päpstliches Lehnsherzogtum hatte Pommern einen relativ hohen Status rechtlicher Unabhängigkeit im europäischen Staatenverband erreicht. Konnte Pommern aber eine solche Stellung politisch überhaupt realisieren? Im Laufe der 30er Jahre offenbarten sich auffällige Unterschiede in der Zielrichtung der pommerschen Selbständigkeitspolitik zwischen den Herzögen von Pommern-Wolgast und denen von Pommern-Stettin. Während sich die Wolgaster Herzöge im Anschluß an eine alte, aber nicht sehr erfolgreiche politische Tradition Pommerns mit dem erreichten Status einer Quasisouveränität im Kreise der Nachbarmächte zufriedengaben, strebte Herzog Barnim III. von Pommern-Stettin, seit 1320 als Mitregent seines Vaters Ottos I. der führende Kopf der pommerschen Politik, nachdrücklich eine formelle Einbeziehung Pommerns in den Reichsverband – gestützt jedoch auf eine neue Rechtsgrundlage – an. Ziel dieses Mannes, der in seinen zahlreichen Urkunden über Kultstiftungen zu Ehren des hl. Otto von Bamberg wie kein anderer pommerscher Herzog die geschichtliche Sonderstellung Pommerns und seiner Herrscherdynastie betont hat,<sup>50</sup> war die Garantie pommerscher Eigenstaatlichkeit durch das Reich in der Rechtsform eines unmittelbaren Königslehens anstelle der vagen Zukunftsaussichten eines päpstlichen Lehnstaates, der angesichts seiner schwachen Machtmittel über kurz oder lang unweigerlich aufs neue zum staatsrechtlichen Spielball seiner Nachbarmächte werden mußte. Pommern hat die volle Reichsstandschaft im 14. Jahrhundert also nicht durch Initiative der Königsgewalt, sondern als eigene politische Zielsetzung erreicht.

Außenpolitisch abgesichert durch ein Bündnis mit König Johann von Böhmen (1337), konnte Barnim III. zunächst auf dem Frankfurter Hoftag vom August 1338 als Frucht zäher Verhandlungen den Verzicht Markgraf Ludwigs des Älteren auf die Lehnshoheit über Pommern und die direkte Belehnung durch Kaiser Ludwig den Bayern erlangen.<sup>51</sup> Das Vertragswerk von 1338 hatte indes gewisse Schönheitsfehler. Es galt nicht nur allein für das Herzogtum Stettin, während der Kaiser gegenüber den Wolgaster Herzögen die brandenburgische Lehnsforderung ausdrücklich erneuerte,<sup>52</sup> es benachteiligte sogar in eindeutiger Weise den Widerspruch zum pommerschen Teilungsvertrag von 1295<sup>53</sup> die Erbrechte der Wolgaster Linie, indem es den Wittelsbachischen Markgrafen eine unmittelbare Anwartschaft auf das Herzogtum Stettin einräumte. Barnims einseitige Regelung ist bekanntlich auf erhebliche Widerstände insbesondere bei den Städten seines Landes gestoßen.<sup>54</sup>

Erst ein Jahrzehnt später ist die staatsrechtliche Einheitlichkeit der pommerschen Herzogtümer wiederhergestellt worden. Im Juni 1348 ging Barnim III. zu Karl IV. über, dieser belehnte ihn mit dem Herzogtum Pommern-Stettin und bestätigte dessen Reichsunmittelbarkeit. Zugleich aber erteilte Karl IV., dem es in seinem Kampf gegen die Wittelsbacher auf die Gewinnung ganz Pommerns ankam, den Stettiner und Wolgaster Herzö-

<sup>50</sup> Zum politisch-religiösen Gedankengut Barnims III. vorderst Jürgen Petersohn, Reichspolitik und pommersche Eigenstaatlichkeit in der Bamberger Stiftung Herzog Barnims III. zu Ehren des hl. Otto (1339), in: Baltische Studien NF 49, 1962/63, S. 30 ff.

<sup>51</sup> Zur Rolle des pommerschen-böhmischen Bündnisses von 1337 Petersohn, Reichspolitik, S. 24 f. Die Belehnungsurkunde von 1338 bei Otto Heinemann, Die kaiserlichen Lehnurkunden für die Herzöge von Pommern, in: Baltische Studien NF 3, 1899, S. 162–164. Zu den weiteren wittelsbachisch-pommerschen Abmachungen im Rahmen des damaligen Vertragswerks zuletzt Klaus Conrad, Die Belehnung der Herzöge von Pommern durch Karl IV. im Jahre 1348, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 114, 1978, S. 393 mit Anm. 16, 394 f. mit Anm. 20 und 21.

<sup>52</sup> Conrad a. a. O. S. 399 mit Anm. 40 verweist in diesem Zusammenhang auf eine bisher unbeachtete Urkunde, deren Veröffentlichung in PUB X bevorsteht.

<sup>53</sup> PUB III 1729, 1730.

<sup>54</sup> Petersohn, Reichspolitik, S. 28 ff.; Conrad, Belehnung, S. 299 f.

gen eine Gesamtbelehnung mit Pommern und dem Fürstentum Rügen sowie mit dem Reichsjägermeisteramt und sicherte jeder Linie die Eventualsukzession im anderen Landesteil zu. Die brandenburgischen Ansprüche blieben in den damaligen Urkunden unerwähnt. Ähnliches gilt für die dänische Lehnshoheit über Rügen.<sup>55</sup>

Mit dem Jahre 1348 war Pommern also in seiner Gesamtheit unmittelbares Königslehen, sein staatsrechtlicher Status der eines vollberechtigten Fürstentums des Heiligen Römischen Reiches. Diese Stellung blieb über das 14. Jahrhundert hinaus verbindlich und wurde erst, nachdem die Hohenzollern Herren der Mark Brandenburg geworden waren, namentlich nach dem Aussterben der Stettiner Linie des Greifenhauses im Jahre 1464, erneut angetastet. In diesen Auseinandersetzungen verhielt sich die Reichsgewalt z. T. sehr widersprüchlich, die Brandenburger konnten gegenüber den Pommernherzögen einzelne Erfolge erringen. Diese aber wahrten mit Hartnäckigkeit ihren Rechtsanspruch, so daß die Kurfürsten 1493 auf den Lehnsempfang verzichteten und schließlich 1529 sogar der 1521 von Karl V. vollzogenen Erneuerung der kaiserlichen Belehnung und der unmittelbaren Reichsstandschaft Pommerns zustimmten.<sup>56</sup> Pommerns staatsrechtliche Zugehörigkeit zum Reich ist im übrigen durch die hohenzollerischen Lehnshforderungen des 15. Jahrhunderts nicht in Frage gestellt worden; es darf aus diesem Grunde bei einem summarischen Hinweis auf diesen Abschnitt sein Bewenden haben.

Zur vollen Kenntnis der staatsrechtlichen Stellung Pommerns im Spätmittelalter gehört jedoch die Einbeziehung anderer, z. T. scheinbar widersprüchlicher Lehnshbindungen seiner Herzöge. Die pommerschen Herzöge haben, wie es in ähnlicher Weise in allen größeren und komplexen Feudalherrschaften jener Zeit der Fall war, ungeachtet ihrer seit dem 13. Jahrhundert festliegenden Stellung als Fürsten des deutschen Reichs für einzelne Teiltterritorien andere, auch außerdeutsche Lehnshbände anerkannt. In diesem Zusammenhang spielen insbesondere dänische und polnische Lehnshbeziehungen eine Rolle.

Dänische Lehnsmänner waren die Herzöge von Pommern-Wolgast nach dem Aussterben der Fürsten von Rügen (1325) anfänglich für das Fürstentum Rügen.<sup>57</sup> Karl IV. hat den Pommernherzögen 1348 zwar Rügen als Reichslehen verliehen<sup>58</sup>, so wie schon 1327 Ludwig der Bayer von Reichswegen darüber verfügte<sup>59</sup> und die Pommernherzöge 1331 selbst *principatum Ruyge* in den Gesamtkomplex der päpstlichen Lehnshnahme einbezogen,<sup>60</sup> doch haben die Wolgaster Herzöge ungeachtet dessen den Dänenkönig als ihren

<sup>55</sup> Die bisher bekannten Urkunden Const. VIII 606, 607 A u. B., 608 A u. B.; Heinemann, Lehnshurkunden, S. 164 ff. Nr. II–IV. Erneuerungen der Belehnung für Barnim III. nach Karls IV. Kaiserkrönung 1355 und 1357, Heinemann S. 171 ff. Nr. V und VI. Zum Gesamtzusammenhang jetzt Conrad, Belehnung, S. 391 ff.

<sup>56</sup> Wehrmann, Gesch. von Pommern, I<sup>2</sup> S. 188 ff.; 211 ff., 246 ff., II<sup>2</sup> S. 27 ff.; Schultze, Die Mark Brandenburg, III S. 18 f., 37, 80 ff., 110 ff., 142 ff., 166 f., 220 f.; Paul Gähtgens, Die Beziehungen zwischen Brandenburg und Pommern unter Kurfürst Friedrich II. (1437) 1440–1470, Gießen 1890, S. 57 ff.; Felix Rachfahl, Der Stettiner Erbfolgestreit (1464–1472), Breslau 1890; Werner Goez, Der Leihzwang. Eine Untersuchung zur Geschichte des deutschen Lehnshrechtes, Tübingen 1962, S. 168 ff., 205 f.

<sup>57</sup> Zur staatsrechtlichen Stellung des Fürstentums Rügen unter den einheimischen Fürsten Hermann, Beziehungen, S. 5 ff. Zu den Rechtsgrundlagen der ihrem Aussterben folgenden Erbauseinandersetzungen Klaus Wriedt, Die kanonischen Prozesse um die Ansprüche Mecklenburgs und Pommerns auf das Rügische Erbe 1326–1348 (Veröff. d. Hist. Kommission f. Pommern, V 4), Köln-Graz 1963, S. 6 ff. Eine dänische Belehnung der Pommernherzöge für Rügen ist zunächst nur für 1326 nachweisbar, PUB VII 4183; vgl. auch Wriedt S. 12 Anm. 41.

<sup>58</sup> Const. VIII 606; Heinemann, Lehnshurkunden S. 170 f., Nr. IV.

<sup>59</sup> PUB VII 4293

<sup>60</sup> PUB VIII 4854

Lehnsherrn anerkannt.<sup>61</sup> Noch 1376 huldigten Wratislaw VI. und Bogislaw VI. von Pommern-Wolgast König Olaf von Dänemark für das Fürstentum Rügen.<sup>62</sup> Erst im 15. Jahrhundert scheint die dänische Lehnshbindung nicht mehr beachtet worden zu sein. Ob jemals aber ein förmlicher Verzicht Dänemarks auf die Hoheit über Rügen ausgesprochen wurde, ist offen.

Polnische Lehnshhoheit hat insbesondere für die Herzöge der östlichen Teilherrschaften Pommerns eine Rolle gespielt. Daß in diesem Zusammenhang allerdings das Herzogtum Pommern-Stolp selbst den polnischen Königen als Lehen aufgetragen worden sei,<sup>63</sup> läßt sich aus den Quellen nicht erweisen. Aus dem in diesem Zusammenhang angezogenen Treueid, durch den sich Herzog Wratislaw VII. mit seinen Brüdern 1390 in lehnshrechtlichen Formen gegenüber König Wladyslaw Jagiello zur Hilfe gegen den Deutschen Orden verpflichtete, kann dies jedenfalls nicht geschlossen werden.<sup>64</sup> Soweit sich sehen läßt, haben echte Lehnshbindungen pommerscher Herzöge gegenüber Polen im 14. und 15. Jahrhundert nur für solche Territorien bestanden, die sie zu ihrem ererbten Länderkomplex für erwartete oder geleistete Dienste neu und zusätzlich aus der Hand der polnischen Könige empfangen. In diesem Zusammenhang sind besonders zu nennen die Gebiete von Dobrin, Bromberg, Nakel, Lauenburg und Bütow.

Über den wohl umfangreichsten polnischen Lehnshbesitz hat in den 70er Jahren des 14. Jahrhunderts der Enkel König Kasimirs III. von Polen, der zeitweilige polnische Thronprätendent und Schwager Kaiser Karls IV., Kasimir IV. von Pommern-Stolp, verfügt, der als Herzog von Dobrin und Bromberg reiche Ländereien in Kujawien besaß, ohne sie jedoch seinem Hause weiter vererben zu können.<sup>65</sup> Von Bedeutung für die Geschichte und staatsrechtliche Situation Pommerns wurde dagegen der Erwerb der Länder Lauenburg und Bütow.<sup>66</sup>

Schon 1410 hatte Herzog Bogislaw VIII. von Pommern-Stolp zum Dank für seine Parteinahme gegen den Deutschen Orden nach Huldigung an den polnischen König auf Lebenszeit den Deutschordensbesitz um Bütow nebst Hammerstein, Baldenburg, Fried-

<sup>61</sup> Diplomatarium Danicum, R. III Bd. 3, København 1963, Nr. 238, 239, 1350 und 1351 (ebd. Nr. 335, 454) bezeichnen die Pommernherzöge König Waldemar IV. als *use here* bzw. *unsen herren*. Vgl. auch Conrad, Belehnungen, S. 403 mit Anm. 62.

<sup>62</sup> Barthold III S. 488; B. Zientara, in: Historia Pomorza I 2 S. 302.

<sup>63</sup> So Michał Sczaniecki, Political Ties between Western Pomerania and Poland, up to the 16<sup>th</sup> Century, in: Poland at the XI<sup>th</sup> International Congress of Historical Sciences in Stockholm, Warszawa 1960, S. 97 ff. – Über die Beziehungen des Herzogtums Pommern-Stolp zu Polen im späten 14./frühen 15. Jahrhundert allgemein B. Zientara, in: Historia Pomorza I 2 S. 276 ff., 283 ff.

<sup>64</sup> Aus der Urkunde (Codex diplomaticus maioris Poloniae, Bd. 3, Poznań 1879, S. 630 f. Nr. 1905; Abb. Hist. Pomorza I 2 S. 279) geht alles andere als dies hervor. Es ist lediglich die Rede von einem *homagiale et fidelitatis iuramentum* Wratislaws gegenüber dem König und dem Versprechen, einem *homagium facere debet*. Im weiteren werden Kriegshilfe und daß auch sein Bruder Bogislaw VIII. *homagium facere debet*. Im weiteren werden Kriegshilfe und politische Unterstützung gegen den Orden gelobt sowie für den Fall, daß der König Wratislaw Bromberg verleihe, die Überlassung des Pfandes Nakel angekündigt.

<sup>65</sup> M(artin) W(ehrmann), Herzog Kasimir V., Herr zu Dobrin und Bromberg, in: Monatsblätter d. Gesellschaft f. pomm. Geschichte und Altertumskunde 10, 1896, S. 129–137; Krystyna Pie-radzka, Każko Szczeciński (1345–1377) na tle polityki pomorskiej Kazimierza Wielkiego, Poznań 1947; B. Zientara, in: Historia Pomorza, I 2 S. 225 f., 276.

<sup>66</sup> Zur Besitz- und Staatsrechtsgeschichte von Bütow und Lauenburg im 15. Jahrhundert Reinhold Cramer, Geschichte der Lande Lauenburg und Bütow, 2 Bde. (Tl. 2: Urkundenbuch), Königsberg 1858, I S. 73 f., 155 ff.; Historia Pomorza I 1 S. 734, 741 (M. Biskup), I 2 S. 296 f. (B. Zientara); Ellinor von Puttkamer, Die Lande Lauenburg und Bütow – internationales Grenzgebiet, in: Baltische Studien NF 62, 1976, S. 13 ff.



land, Schlochau und Schivelbein erhalten,<sup>67</sup> mußte diese Gebiete jedoch 1411 im I. Thorner Frieden wieder aufgeben.<sup>68</sup> Erst Herzog Erich II. konnte 1455 Lauenburg und Bütow fest mit Pommern verbinden. Die Rechtsformen, in denen die Pommernherzöge diese Lande besaßen, sind indes nicht immer ganz klar. Zunächst empfing Erich II. Bütow und Lauenburg auf Befehl König Kasimirs IV. von den Danzigern zu einer Art Treuhandschaft.<sup>69</sup> 1466 erwarb er sie vom Deutschen Orden<sup>70</sup> und behielt diese Gebiete, die im II. Thorner Frieden Polen zugesprochen wurden,<sup>71</sup> in der Folgezeit als Pfand für seine Kriegsaufwendungen.<sup>72</sup> Die ungewisse Rechtslage wurde für Pommern erst 1490 geklärt, als König Kasimir IV. seinem Schwiegersohn Bogislaw X. Lauenburg und Bütow offiziell zur Sicherheit für die versprochene Aussteuer seiner Tochter Anna überschrieb.<sup>73</sup> Ungeachtet dessen wurde in der Folgezeit das pommersche Besitzrecht seitens Danzigs und Polens immer wieder in Frage gestellt,<sup>74</sup> bis die Pommernherzöge 1526 für den Verzicht auf einen Teil der rückständigen polnischen Mitgift Lauenburg und Bütow als erbliches, freies Lehen der Könige von Polen empfangen.<sup>75</sup> Als solches blieb das Gebiet nunmehr bis zum Aussterben des Greifengeschlechts im Jahre 1637 bei Pommern, ohne jedoch wie die übrigen pommerschen Länder zum Reichsverband zu gehören.

Nur gestreift werden kann aus sachlichen und zeitlichen Gründen die staatsrechtliche Entwicklung des Hochstifts Kammin im 14. und 15. Jahrhundert. Die Kamminer Bischöfe wurden einerseits 1356 nach langer faktischer Selbständigkeit von den Pommernherzögen in einen mehr oder weniger landsässigen Status herabgedrückt,<sup>76</sup> konnten andererseits jedoch in der Folgezeit bei ihren Versuchen, sich vom Kaisertum die Reichsunmittelbarkeit bestätigen zu lassen, einzelne Erfolge erringen, ohne daß bis zum Ende des Mittelalters der staatsrechtliche Status des Bistums endgültig geklärt wurde.<sup>77</sup>

Versuchen wir, vom Beginn der Neuzeit zurücksehend, die Grundzüge staatsrechtlicher Entwicklungsgeschichte Pommerns in vier Jahrhunderten zusammenzufassen, so werden neben manchen Uneinheitlichkeiten und Widersprüchen, neben Abbrüchen und vergeblichen Ansätzen doch einige Konstanten und durchlaufende historische Linien erkennbar. Zu ihnen gehört das zähe Streben der Pommernherzöge, ihrer Herrschaft ein

<sup>67</sup> Cramer II Nr. 37.

<sup>68</sup> Die Staatsverträge des Deutschen Ordens in Preußen im 15. Jahrhundert, Bd. 1, hg. v. Erich Weise, Königsberg 1939, Nr. 82 und 83.

<sup>69</sup> *to guder vorwaringe . . . und getruwer handt*; Cramer II Nr. 56; Die Staatsverträge des Deutschen Ordens, Bd. 2 (hg. v. Erich Weise, Marburg 1955), Nr. 399.

<sup>70</sup> Staatsverträge des Deutschen Ordens II Nr. 400–402.

<sup>71</sup> Staatsverträge II Nr. 403 S. 268. Erich II. trat dem Thorner Frieden am 23. Juni 1467 bei, Staatsverträge II Nr. 410.

<sup>72</sup> Cramer I. S. 164 f.

<sup>73</sup> Cramer II Nr. 65.

<sup>74</sup> Cramer I S. 168 ff. mit II Nr. 66.

<sup>75</sup> Cramer II Nr. 71.

<sup>76</sup> Die Urkunde vom 29. Juni 1356 bei Robert Klempin, *Diplomatische Beiträge zur Geschichte Pommerns aus der Zeit Bogislaws X.*, Berlin 1859, S. 431 f. vgl. ebd. S. 430 ff.; Petersohn, *Ostseeraum*, S. 292.

<sup>77</sup> Vgl. Klempin, *Diplomatische Beiträge*, S. 432 ff.; Erich Bütow, *Staat und Kirche in Pommern im ausgehenden Mittelalter bis zur Einführung der Reformation*, in: *Baltische Studien* NF 14, 1910, S. 100 ff., 124 f., 144 ff.; Johanna Naendrup-Reimann, *Territorien und Kirche im 14. Jahrhundert*, in: *Der deutsche Territorialstaat im 14. Jahrhundert*, Bd. 1 (Vorträge und Forschungen, 13), Sigmaringen 1970, S. 132 ff.

möglichst großes Maß von äußerer Unabhängigkeit und innerer Selbständigkeit zu sichern. Die Erhaltung der pommerschen Eigenstaatlichkeit ist auf weite Strecken der Geschichte jedoch nur möglich gewesen in Unterordnung unter mächtigere, expansive Staatswesen in der Nachbarschaft des Landes.

Neben Polen und Dänemark ist in diesem Zusammenhang bereits sehr früh die Abhängigkeit von der Reichsgewalt bestimmend geworden. Pommerns staatsrechtliche Stellung zum und im deutschen Reich des hohen und späteren Mittelalters entwickelte sich jedoch nicht geradlinig, sondern wurde durch äußere Einwirkungen der Nachbarmächte und das Dazwischentreten territorialer deutscher Einzelgewalten – zunächst Sachsens, dann Brandenburgs – wiederholt kompliziert. Erst in der 1. Hälfte des 14. Jahrhunderts – und auch dann für den Rest des Mittelalters nicht unangefochten – gelang es den Pommernherzögen, den Status eines vollberechtigten, nur vom Königtum abhängigen Reichsfürstentums zu erringen und damit den hohen Grad landesherrlicher Eigenständigkeit, den das Heilige Römische Reich des Spätmittelalters garantierte, auch ihrer politischen Selbstentfaltung nutzbar zu machen.

Die staatsrechtliche Entwicklungsgeschichte Pommerns läßt andererseits aber trotz achtenswerter Erfolge eine gewisse passive Grundhaltung nicht verkennen. Hier spiegelt sich sowohl der Mangel an aggressiv einsetzbaren Machtreserven als auch eine gewisse politische Selbstgenügsamkeit der Pommernherzöge wider. Positive Seite dieses – von neuzeitlichen Historikern nicht selten getadelten – Verhaltens ist die Tatsache, daß Pommern – sieht man von der eher in die Traditionen des skandinavischen Unionskönigtums hineingehörenden Großmachtpolitik König Erichs ab – eigentlich selbst nie seinen Nachbarn seine Hoheit aufzuzwingen versucht hat. Pommern ist damit im politischen Geschehen des südlichen Ostseeraumes während des Mittelalters stets ein stabilisierender und ausgleichender Faktor gewesen.